

1 EU-01

2 Antragsteller: UB Köln

3

4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5

6 Für ein europäisches Zukunftsprogramm. Ein solidarisches, demokratisches, nachhaltiges Europa ist die
7 Antwort.
8

9

10 Vorbemerkung

11

12 Europa wird aktuell durch die Corona-Pandemie auf die
13 Probe gestellt. Ganze Staaten wie Italien, Großbritannien
14 und Spanien haben angesichts hoher Krankheits-
15 und Todesraten in den Abgrund geblickt. Der Einbruch
16 der Wirtschaft infolge der notwendigen „Lockdowns“
17 wird noch lange nachhallen und weitere Not, Schief-
18 lagen und Probleme nach sich ziehen. Insbesondere
19 die wenig Privilegierten, wie Arbeitnehmer*innen im
20 Niedriglohnssektor, Erwerbstätige ohne feste Beschäf-
21 tigungsverhältnisse, Alleinerziehende, Flüchtlinge und
22 Migranten, Kranke und Ältere, Auszubildende und Be-
23 rufseinsteiger*innen sind von dieser Krise am stärk-
24 sten getroffen. Diese Pandemie und ihre Nachwirkun-
25 gen führen uns so in aller Deutlichkeit vor Augen, wie
26 wichtig gesellschaftlicher Zusammenhalt und Solidari-
27 tät sind. Auch über Landesgrenzen hinweg: denn ei-
28 ne globale Krise lässt sich nicht im nationalstaatlichen
29 Rahmen und schon gar nicht durch nationalistische
30 Maßnahmen bewältigen, sondern erfordert internatio-
31 nales und gemeinsames Handeln.

32

33 Auch die EU steht damit vor einer entscheidenden Wei-
34 chenstellung: Gelingt ihr mit dem größten Wiederauf-
35 bauprogramm in der Geschichte der EU eine gemeinsa-
36 me Kraftanstrengung, die den Grundstein für eine nach-
37 haltige, solide und solidarische Zukunft legt? Oder droht
38 der Einbruch der Wirtschaft in einigen Ländern den Eu-
39 ro, die eng miteinander verflochtenen Volkswirtschaf-
40 ten und in der Folge die gesamte EU in den Niedergang
41 zu reißen?

42

43 So birgt die Krise neben dem Risiko wachsender Un-
44 gleichheit und sich verstärkender Abwärtsdynamiken
45 auch die Chance für ein koordiniertes Anschieben von
46 Zukunftsprojekten: beim Klimaschutz, bei der sozialen
47 und ökonomischen Modernisierung sowie bei der Ent-
48 wicklung von Zukunftstechnologien kann und sollte Eu-
49 ropa Vorreiter sein und damit auch Vorbild werden für
50 andere.

51

52 In dieser Lage hat Deutschland zum 1. Juli die eu-
53 ropäische Ratspräsidentschaft übernommen. Der zwi-
54 schen den Staats- und Regierungschefs vereinbarte
55 Wiederaufbaufonds der Europäischen Union mit insge-
56 samt 750 Milliarden Euro ist trotz der schwer errunge-
57 nen Kompromisse von „historischer“ Dimension. Eben-
58 so „historisch“ ist der Beschluss des Europaparlaments
59 vom 23. Juli 2020, der eine Zustimmung an Nachbes-

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Überweisung an SPD-Parteivorstand als
Material für die Erarbeitung des Wahlprogramms für
die Bundestagswahl

60 serungen knüpft: mehr Geld für Klimaschutz und For-
61 schung, sowie höhere Eigenmittel und die Einführung
62 bestimmter EU-Steuern. Zudem soll die Rechtstaatlich-
63 keit klarer und wirksamer eingefordert werden kön-
64 nen, damit Mitgliedsstaaten nicht unverhohlen die ge-
65 meinsamen Grundwerte und Politiken unterlaufen und
66 gleichzeitig von den Mitteln der Europäischen Union
67 profitieren können.

68
69 Diese wegweisenden Beschlüsse sind ein wichtiger An-
70 lass, die grundsätzliche Positionierung der Sozialdemo-
71 kratie in Deutschland zur Finanz-, Wirtschafts- und So-
72 zialpolitik der EU auf die Agenda zu setzen. Dieses Pa-
73 pier soll dazu einen Beitrag leisten und das umkämpfte
74 Wiederaufbaupaket in einen größeren und grundlegen-
75 deren Kontext einordnen.

76

77 **Gliederung**

78

- 79 1. Sozialdemokratisches Europa: warum die Sozialde-
80 mokratie für ein starkes Europa eintritt und warum
81 Europa den sozialdemokratischen Kompass braucht
- 82 2. Zukunftsstrategien: welche Handlungsschwer-
83 punkte die EU in der Krisenbewältigung setzen
84 sollte
- 85 3. Institutioneller Rahmen: wie sich die EU für die Zu-
86 kunft neu aufstellen muss

87

88 **I. Sozialdemokratisches Europa**

89

90 Die SPD wird sich mit aller Kraft für eine starke, solidari-
91 sche und sozial gerechte Europäische Union einsetzen,
92 die der Demokratie und Nachhaltigkeit verpflichtet ist.
93 Die europäische Zukunft hängt in entscheidender Weise
94 von der gemeinsamen Krisenbewältigung und der Ge-
95 staltung des Wiederaufbaus in den kommenden Jahren
96 ab. Hierfür braucht Europa einen klaren sozialdemokra-
97 tischen Kompass. Unsere Vision für Europa ist ein Euro-
98 pa der gleichwertigen Lebensverhältnisse.

99

100 **a) Wir Sozialdemokrat*innen stehen für ein selbstbe- 101 wusstes und starkes Europa in der Welt**

102

103 Die Globalisierung und Digitalisierung geht einher
104 mit einer weltweiten **Verschiebung der Machtzentren**.
105 Während die USA taumelt, steigt die wirtschaftspoliti-
106 sche Bedeutung Chinas. Gleichzeitig werden Demokra-
107 tie, Menschenrechte und gemeinwohlorientierte Politik
108 in maßgeblichen Teilen der Welt mehr und mehr ausge-
109 höhlt. Umso wichtiger ist die Prinzipienfestigkeit Euro-
110 pas gegenüber den eigenen Werten geworden. Unsere
111 über Jahrhunderte erkämpften sozialen Errungenschaf-
112 ten und gesellschaftlichen Werte dürfen gegenüber den
113 aufkommenden Autoritären und Populisten nicht ins
114 Hintertreffen geraten! Uns ist aber auch klar, dass Eu-
115 ropa nur eine Chance hat, im internationalen Kräfte-
116 spiel gegenüber China, den USA und Russland mitzu-
117 halten, wenn die EU als gemeinsame starke Kraft auf-

118 tritt. Eine Kette ist bekanntlich gerade mal so stark wie
 119 ihr schwächstes Kettenglied. Daher ist die **Stärkung und**
 120 **Stabilisierung aller Teile Europas von existenzieller geo-**
 121 **strategischer Bedeutung.**

122
 123 Gelänge es nicht, die besonders krisengeplagten Län-
 124 der in der EU langfristig zu stabilisieren, führte dies aber
 125 auch zu einer wirtschaftlichen Schwächung der EU. Dies
 126 wäre für *alle* EU-Mitgliedsländer, ganz besonders auch
 127 für Deutschland verheerend: Nicht nur, dass Deutsch-
 128 land als Exportland auf den Handel innerhalb der EU an-
 129 gewiesen ist, da es 60% seiner Exporte in andere Länder
 130 der EU tätigt; sondern deutsche Unternehmen haben
 131 auch ihre Fertigungsprozesse und Lieferketten in den
 132 letzten Jahrzehnten innerhalb Europas grenzübergrei-
 133 fend optimiert und aufs engste mit europäischen Part-
 134 nern verflochten. Ein finanzieller Kollaps südeuropäi-
 135 scher Euro-Länder würde also nicht nur dort notwendi-
 136 ge Investitionen und Modernisierungen verhindern, in
 137 weiten Bevölkerungskreisen Südeuropas Wohlstands-
 138 verluste nach sich ziehen und damit eine wirtschaftli-
 139 che Abwärtsspirale in Gang setzen. Auch die nordeuro-
 140 päischen Volkswirtschaften, sowie der Zusammenhalt
 141 der Eurozone, und damit **deutsche Arbeitsplätze wären**
 142 **dadurch unmittelbar bedroht.**

143
 144 **Die wirtschaftliche Stabilisierung unserer engsten Part-**
 145 **ner, sowie eine breite und ausgeglichene Verteilung**
 146 **von Vermögen innerhalb Europas nützen also allen, ein-**
 147 **schließlich Deutschland, indem sie Arbeitsplätze über-**
 148 **all in Europa sichern, Arbeitnehmer*innen vor Verlust**
 149 **und Abstieg schützen und Zukunftschancen eröffnen.**

150
 151 **b) Ein Europa der gleichwertigen Lebensverhältnisse ist**
 152 **gelebte Sozialdemokratie**

153
 154 **Solidarität** erlangte in den Monaten der Corona-
 155 Pandemie in Deutschland eine neue, wiederentdeckte
 156 Popularität. Für die SPD ist Solidarität von jeher die
 157 Grundlage unseres politischen Denkens und Handelns,
 158 sowie ein ständiger Ansporn, immer wieder neu für
 159 den gesellschaftlichen Zusammenhalt einzutreten. Die
 160 Sozialdemokratie basiert seit ihrer Gründung 1863 auf
 161 den Forderungen der französischen Revolution von
 162 „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, die im Laufe der
 163 Zeit zu „Freiheit, Soziale Gerechtigkeit und Solidarität“
 164 weiterentwickelt wurden: **„Für eine freie, gerechte**
 165 **und solidarische Gesellschaft“**, so heißt es im Hambur-
 166 ger Programm. In den vergangenen über 150 Jahren
 167 schafften es SPD und Gewerkschaftsbewegung, viele
 168 soziale Reformen durchzusetzen, ob Arbeitsschutz und
 169 Krankenversicherung, menschengemäße Arbeitszeiten,
 170 Arbeitslosenversicherung oder Mindestlohn. Diese
 171 Errungenschaften, sowie die breite Verteilung von
 172 Vermögen und Chancen über die gesamte Bevölkerung,
 173 waren und sind bis heute das Fundament und die
 174 Quelle unseres Wohlstands.

175

176 Dies geschah in der Vergangenheit überwiegend im na-
 177 tionalstaatlichen Rahmen. Aber **ein solidarischer Euro-**
 178 **pa ist schon lange unser Ziel:** „Das soziale Europa muss
 179 unsere Antwort auf die Globalisierung werden,“ heißt es
 180 schon im Hamburger Programm. Und bereits vor fast
 181 100 Jahren formulierte die SPD im Heidelberger Pro-
 182 gramm 1925: „Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen
 183 Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäi-
 184 schen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinig-
 185 ten Staaten von Europa und damit zur Interessensoli-
 186 darität der Völker aller Kontinente zu gelangen“. Folge-
 187 richtig zielte eine wesentliche Forderung im Wahlpro-
 188 gramm für die Europawahl 2019 auf „Gleichwertige Le-
 189 bensverhältnisse und menschlichere Haushaltspolitik“ (S.
 190 14): „Gleichzeitig unterstützen sich die Mitgliedsstaaten
 191 untereinander durch mehr Solidarität für gleichwertige
 192 Lebensbedingungen in ganz Europa und seinen Regio-
 193 nen. Das Kaputtsparen vor allem zulasten des sozialen
 194 Zusammenhalts werden wir beenden. Zukunftsinvesti-
 195 tionen und die Konsolidierung von öffentlichen Haushal-
 196 ten dürfen nicht mehr gegeneinander ausgespielt wer-
 197 den.“

198
 199 Von unserer **Zukunftsvorstellung der gleichwertigen Le-**
 200 **bensverhältnisse in Europa** sind wir heute jedoch noch
 201 weit entfernt. Zwischen den Lebensbedingungen im
 202 Nordwesten Europas und denen im Südosten Europas
 203 besteht eine große Lücke: In den ärmsten Regionen
 204 Rumäniens beispielsweise, wo rund 30 Prozent der ru-
 205 mänischen Bevölkerung leben, beträgt das Pro-Kopf-
 206 Einkommen lediglich knapp 100 Euro pro Monat. Nicht
 207 erst seit der Corona-Pandemie ist bekannt, dass genau
 208 aus diesem Grund viele Menschen aus Rumänien bereit
 209 sind, in Deutschland unter miserablen und teils unak-
 210 zeptablen Bedingungen zu arbeiten, beispielsweise in
 211 Schlachtbetrieben, als Spediteure und LKW-Fahrer oder
 212 als Erntehelfer. Genau dieses Gefälle zwischen West
 213 und Ost, zwischen Nord und Süd, zwischen bestimmten
 214 Bevölkerungsgruppen gilt es schrittweise aufzulösen!

215
 216 Solidarität, Chancengleichheit und soziale Gerechtig-
 217 keit müssen innerhalb Deutschlands und auch in ganz
 218 Europa hergestellt werden. Innerhalb fast aller europäi-
 219 schen Länder ist die Ungleichheit in den letzten Jahr-
 220 zehnten deutlich gestiegen. Einerseits ist das Risiko ei-
 221 ner relativen Armut trotz Arbeit bereits vor Corona deut-
 222 lich gestiegen, andererseits halten die reichsten ein Pro-
 223 zent der Europäer*innen fast ein Drittel des Vermögens
 224 – während die unteren 40 Prozent der Bevölkerung we-
 225 niger als ein Prozent des gesamten europäischen Netto-
 226 vermögens besitzen und kaum an der wirtschaftlichen
 227 Entwicklung teilhaben. Die Corona-Krise verstärkt diese
 228 Ungleichheit. Wachsende Ungleichheit untergräbt das
 229 marktwirtschaftliche und soziale Fundament unserer
 230 Gesellschaften und gefährdet damit letztlich den Wohl-
 231 stand aller.

232
 233

234 **Es darf nicht sein, dass in der Krise bzw. im Strukturwan-**
 235 **del ganze Regionen, und damit unzählige Arbeitneh-**
 236 **merinnen und Arbeitnehmer wirtschaftlich abgehängt**
 237 **werden**, gleich ob dies ländliche Regionen oder Regio-
 238 nen mit veralteten Industrien (Kohle, Stahl und andere
 239 Co2-intensive Industrien etc.) betrifft. Diesen Struktur-
 240 wandel sozialverträglich zu gestalten und vorhandene
 241 Potentiale zu aktivieren ist eine gemeinschaftliche Auf-
 242 gabe und erfordert gewaltige politische und finanzielle
 243 Anstrengungen. Andernfalls droht sich die Spaltung der
 244 Gesellschaften zu vertiefen, was zu einem weiteren Er-
 245 starkten von Rechtspopulismus, Nationalismus und Ras-
 246 sismus führt, gespeist durch Abstiegsängste, die von
 247 rechten Kräften geschürt werden.

248
 249 Unsere bisher oft im nationalstaatlichen Rahmen er-
 250 kämpften sozialen Errungenschaften müssen also stär-
 251 ker als bisher europaweit gedacht und durchgesetzt
 252 werden. Die Megatrends der Digitalisierung, der glo-
 253 balisierten Kapital- und Arbeitsmärkte, des Klimawan-
 254 dels und der demographischen Entwicklungen erfor-
 255 dern, dass die Herausforderungen unserer Zeit interna-
 256 tional angegangen werden. Unsere Zielsetzung ist: *„Ei-*
 257 *ne demokratische Gesellschaft und Wirtschaft, die allen*
 258 *zugutekommt, eine Gesellschaft, in der jeder in Würde le-*
 259 *ben kann“*. (SPE 2019).

260
 261 Im Europawahlkampf haben wir deshalb Schritte in
 262 Richtung einer europäischen Sozialunion gefordert:
 263 *„Die sozialen Grundrechte haben Vorrang vor den Frei-*
 264 *heiten des Marktes. Stärker als bisher muss soziale Po-*
 265 *litik grenzübergreifend vorangetrieben werden. Deshalb*
 266 **wollen wir den Ausbau einer europäischen Sozialunion.**
 267 **Die sozialen Standards sollen auf höchstem Niveau ange-**
 268 **glichen werden“** (drei Kernbotschaften der NRW SPD zur
 269 Europawahl 2019). Für uns Sozialdemokrat*innen be-
 270 deutet das zu allererst, dass es überall in Europa **ange-**
 271 **messene Mindestlöhne und soziale Sicherungssysteme**
 272 geben muss, die allen Menschen ein gutes Leben und
 273 – gemessen am jeweiligen Preisniveau – gleichwertige
 274 Lebensverhältnisse ermöglichen. Auch eine europawei-
 275 te Koordination und Verschränkung von Sozialsystemen
 276 kann dabei helfen, soziale und wirtschaftliche Ungleich-
 277 gewichte abzufedern. Deshalb haben wir Sozialdemo-
 278 kraten uns für eine **europäische Arbeitslosenrückversi-**
 279 **cherung** und für ein **europäisches Kurzarbeitergeld** ein-
 280 gesetzt und werden deren Umsetzung weiter vehement
 281 auf europäischer Ebene einfordern.

282
 283 Doch Freiheitsrechte, soziale Gerechtigkeit und Solidari-
 284 tät hören nach unserem Verständnis nicht an der EU-
 285 Außengrenze auf. Diese drei für uns fundamentalen
 286 Werte müssen auch für Geflüchtete gelten, egal ob sie
 287 bereits europäischen Boden betreten haben oder nicht.
 288 Die bisherige, auf Ungleichheit setzende Wirtschafts-
 289 weise, die insbesondere in Zeiten der Krise für die
 290 Ärmsten lebensbedrohende Auswirkungen hat, Konflik-
 291 te und Bürgerkriege und nicht zuletzt der Klimawandel,

292 der mit Ernteaussfällen, Dürren und Wüstenausdehnun-
293 gen einhergeht, sind ursächlich für viele Fluchtbewe-
294 gungen.

295
296 **Es geht also heute mehr denn je darum, gleichwertige**
297 **Lebensverhältnisse sowohl zwischen den Staaten der**
298 **EU, als auch innerhalb der Länder durchzusetzen und**
299 **gleichzeitig um einen den Menschenrechten verpflichteten**
300 **Umgang mit Geflüchteten, vor allem an den EU-**
301 **Außengrenzen.**

302
303 Europa muss den Vielen dienen und nicht den wenigen
304 Vermögenden. Nur mit einer Entwicklung in Richtung
305 einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse können
306 wir unseren „European Way of Life“, also sozialen Frie-
307 den, Demokratie und eine offene, freiheitliche Gesell-
308 schaft auf Dauer erhalten und stärken.

309
310 Zur Erreichung dieser Ziele brauchen wir eine starke EU
311 und die EU braucht eine starke Sozialdemokratie.

312
313 **II. Zukunftsstrategien: welche Handlungsschwerpunk-**
314 **te die EU in der Krisenbewältigung setzen sollte**

315
316 Die Herausforderungen der aktuellen globalen wirt-
317 schaftlichen Rezession lassen sich nicht im national-
318 staatlichen Rahmen lösen, zumal die besonders hart ge-
319 troffenen Volkswirtschaften Südeuropas die geringsten
320 fiskalischen Spielräume für ein solches Programm ha-
321 ben. Wir Sozialdemokraten haben daher schon zu Be-
322 ginn der Krise ein echtes europäisches Investitions- und
323 Wachstumsprogramm für die Zeit nach der Krise einge-
324 fordert.

325
326 Es ist gut und wichtig, dass die Aushandlung und
327 Umsetzung eines ambitionierten europäischen Kon-
328 junkturprogramms in Form des sogenannten Wieder-
329 aufbaufonds nun während der deutschen Ratspräsi-
330 dentschaft ganz oben auf der Agenda steht. Der von
331 Olaf Scholz und Bruno Le Maire vorbereitete deutsch-
332 französische Vorschlag („Merkel-Macron-Plan) sowie
333 die Vorschläge der EU-Kommission („Next Generation
334 EU“), einschließlich des Timmermans-Plans („European
335 Green Deal“) weisen in die richtige Richtung. Die Staats-
336 und Regierungschefs haben diesen Plan im Juli 2020, in
337 groben Umrissen, bestätigt und auf den Weg gebracht.
338 Gleichwohl fehlt es an vielen Stellen noch an Klarheit,
339 wie genau die Umsetzung von statten gehen und wel-
340 che Schwerpunkte bei den Investitionen letztlich ge-
341 setzt werden sollen. Hierzu haben wir Sozialdemokra-
342 ten eine klare Position.

343
344 Aus unserer Sicht ist insgesamt ein Umdenken erfor-
345 derlich. Veraltete öffentliche Infrastruktur, dem Spar-
346 diktat unterworfenen Sozialsysteme in vielen Mitglied-
347 staaten und privatisierte Gesundheits- und Daseinsvor-
348 sorge tragen mit dazu bei, den gesellschaftlichen Zu-
349 sammenhalt schon seit Jahrzehnten erodieren zu las-

350 sen. Und auch die Klimakrise wird sich nicht ohne staat-
 351 liches Handeln oder allein durch ein kurzfristiges Ret-
 352 tungsprogramm lösen lassen. Die Geringschätzung für
 353 staatliches und gemeinwohlbasiertes Handeln und das
 354 blinde Vertrauen in das freie Spiel der Märkte müssen
 355 nun ein Ende haben. Bestimmte Aufgaben können wir
 356 nur gemeinsam, koordiniert, solidarisch meistern. Wir
 357 brauchen, auch über den Tag hinaus, mehr öffentliche
 358 **Investitionen, um die Grundlage für eine zukunfts-
 359 hige, klimafreundlichere und sozial nachhaltige Wirt-
 360 schaftsweise zu legen.**

361
 362 **Insofern bietet die aktuelle Krise nicht nur einen not-
 363 wendigen Anlass für Stabilisierungsmaßnahmen, son-
 364 dern eine echte Chance für einen neuen Aufbruch in Eu-
 365 ropa.**

366
 367 Bei dem nun vorgeschlagenen Wiederaufbaufonds
 368 muss es deshalb um Transformation und damit auch
 369 um die richtige **Schwerpunktsetzung** bei öffentlichen
 370 Investitionen gehen:

- 371
- 372 • **Klimaschutz und nachhaltige Wirtschaftsmodelle:**
- 373 Der „Green Deal“ darf kein Corona- Opfer wer-
 374 den! Das Klima wartet nicht auf bessere Kon-
 375 junktur. Die Europäische Union muss im Klima-
 376 schutz vorangehen – denn es braucht Vorrei-
 377 ter, denen andere folgen können. **Öffentliche In-
 378 vestitionen in öffentliche Verkehrsnetze und E-
 379 Ladesäulen, sowie Zukunftstechnologien, wie bei-
 380 spielsweise in der CO2-neutralen Energieerzeu-
 381 gung und -speicherung, beim Energietransport und
 382 bei der Energieeffizienz**, können Impulse setzen
 383 und Wettbewerbsvorteile für die europäische Wirt-
 384 schaft generieren. An erster Stelle ist hier der Auf-
 385 bau einer europäischen **Wasserstoffwirtschaft** zu
 386 nennen. Europa hat hier bereits einen technologi-
 387 schen Vorsprung, den es auszunutzen gilt. Auch
 388 die Vergabe von Agrarsubventionen muss an Klima-
 389 schutzziele gekoppelt werden. Neben dem Wieder-
 390 aufbaufonds bzw. nach dessen Auslaufen braucht
 391 Europa die **Einrichtung eines Klimafonds**, welcher
 392 neben öffentlichen Geldern auch Mittel privater An-
 393leger bündelt und in zukunftsfähige Projekte in-
 394vestiert. Die europäischen Staaten müssen gemein-
 395same Rahmenbedingungen setzen, die auch pri-
 396vatwirtschaftliche Investitionen in Zukunftstech-
 397nologien und eine klimafreundliche Infrastruktur
 398zu einem profitablen Geschäft werden lassen. Ein
 399Baustein dieser Politik muss die europaweit **ein-
 400heitliche und ambitionierte Bepreisung von CO2-
 401Emissionen** sein, welche mittels einer CO2-Steuer
 402oder einem alle Sektoren umfassenden Emissions-
 403handel zu ausreichend hohen Preisen zu erreichen
 404ist. Um fossile Energieimporte aus dem außereuro-
 405päischen Ausland nicht zu bevorteilen, braucht es
 406darüber hinaus eine CO2-Grenzsteuer.
- 407

- 408 • **Daseinsvorsorge, Gesundheit und Soziales:** Wir
 409 müssen aus der Sackgasse herauskommen, in der
 410 die Daseinsvorsorge nach marktwirtschaftlichen
 411 Kriterien „optimiert“ wurde, und in der Gewin-
 412 ne in den letzten Jahrzehnten stets privatisiert
 413 und Verluste und Verwerfungen sozialisiert wur-
 414 den. Die Daseinsvorsorge stellt die wichtigste Vor-
 415 aussetzung für erfolgreiches Wirtschaften in ei-
 416 ner lebenswerten Gesellschaft dar. Investitionen
 417 in öffentliche Güter sollten entsprechend auch
 418 von der europäischen Ebene unterstützt und nicht
 419 ausgebremst werden. Europäische Mittel sollten
 420 als Co-Finanzierung bzw. Anschubfinanzierung für
 421 kommunale Daseinsvorsorge verwendet werden
 422 können. Europäisches Vergabe- und Beihilfenrecht
 423 muss darauf hin überprüft werden, ob bzw. in wel-
 424 chen Bereichen es öffentliche Investitionen aus-
 425 bremst, kommunale Einrichtungen schwächt und
 426 Gemeinwohlinteressen zuwiderläuft. **Daseinsvor-
 427 sorge wie Wasser und Stromversorgung gehört in
 428 Öffentliche Hand – nicht in die Hand des Marktes!**
 429 Auch hier steht es uns Europäern gut zu Gesicht,
 430 aus den Fehlern der jüngsten Vergangenheit zu
 431 lernen. **Gesundheitspolitiken** sollten stärker grenz-
 432 übergreifend vernetzt und die Bekämpfung von
 433 Pandemien muss strukturell und finanziell auf eu-
 434 ropäischer Ebene abgesichert werden, beispielswei-
 435 se durch Einrichtung eines europäischen Krisensta-
 436 bes, der im Fall von Pandemien gemeinsame Stra-
 437 tegien der Seuchenbekämpfung entwickelt, kriti-
 438 sche Infrastruktur unterstützt und Bestände von re-
 439 levanter medizinischer Schutzausrüstung vorhält.
 440 Im Rahmen der Corona-Pandemie hat sich gezeigt,
 441 dass der Gesundheitsbereich im wahrsten Sinne des
 442 Wortes systemrelevant und daher auch so auszu-
 443 statten und abzusichern ist!
 444
- 445 • **Verträglicher Strukturwandel, Digitalisierung, Bil-
 446 dung und Forschung:** Unabhängig von ökologi-
 447 schen und ökonomischen Aspekten liegt es stets
 448 in der Verantwortung sozialdemokratischer Politik,
 449 den Strukturwandel sozial verträglich zu gestalten.
 450 Konkret bedeutet dies, den Beschäftigten in be-
 451 sonders von diesem Wandel betroffenen Branchen
 452 (z.B. des Automobil- und Energiesektors) Perspek-
 453 tiven in neu entstehenden Wirtschaftszweigen zu
 454 bieten. Die enormen Wachstumschancen, die der
 455 ökologische Umbau bietet, machen das möglich.
 456 Das Abhängen ganzer Regionen in Europa muss
 457 verhindert werden, denn es untergräbt das gesell-
 458 schaftliche und politische System und schwächt
 459 auch die Wirtschaft. Regional- und Strukturfonds
 460 müssen zukunftsfähig aufgestellt werden, um da-
 461 mit Europa zu einem stärkeren, fortschrittliche-
 462 ren und nachhaltiger wirtschaftenden Kontinent zu
 463 machen. Statt der konventionellen Landwirtschaft
 464 müssten **Forschungs-, Aus- und Weiterbildungspro-
 465 jekte** stärker von europäischen Mitteln profitieren.

466 Dasselbe gilt für den digitalen Wandel, in dem Eu-
 467 ropa nicht abgehängt werden darf. Es ist die Auf-
 468 gabe der europäischen Politik, Strategien zu entwi-
 469 ckeln, die uns aus der Abhängigkeit von den USA
 470 und China lösen und zu **digitaler Eigenständigkeit**
 471 verhelfen können. Dabei ist wichtig: Auch im digi-
 472 talen Zeitalter gilt das Primat des Staates über die
 473 Wirtschaft. Der Regellosigkeit von Digitalkonzernen
 474 (z.B. in Form von Steuervermeidung, bei der Verbrei-
 475 tung von Hetze und Falschinformation oder bei Da-
 476 tenschutz und -kontrolle) und rechtsfreien Räumen
 477 im Netz schieben wir einen Riegel vor.

478
 479 • **Humane Migrationspolitik, Asylrecht sowie inter-**
 480 **ationale humanitäre und Entwicklungszusam-**
 481 **menarbeit:** Europas Rolle in der Welt erschöpft sich
 482 nicht in der Wirtschafts- und Technologieführer-
 483 schaft. Europas Wertekanon basiert auf Humanität
 484 und muss auch für schwächere Staaten, bei-
 485 spielsweise in Afrika, wirtschaftliche Perspektiven,
 486 Entwicklung und Zusammenarbeit befördern. Auch
 487 eine solidarische, den Menschenrechten verpflich-
 488 tete Migrationspolitik ist fester Bestandteil der
 489 europäischen Werte. Dazu gehört unbedingt ein
 490 EU finanziertes europäisches Seenotrettungspro-
 491 gramm, das mindestens den Umfang des ehemali-
 492 gen Mare Nostrum Programms (Italiens) umfasst.
 493 Zudem müssen die sogenannten europäischen
 494 „Hotspots“ für Flüchtlinge, wie beispielsweise auf
 495 der Insel Lesbos, so ausgestattet sein, dass es west-
 496 europäischen Hygiene- und Sozialstandards ent-
 497 spricht. Überfüllte Lager mit menschenunwürdigen
 498 Bedingungen sind eine Schande für Europa, das
 499 sich doch weltweit seiner humanitären und sozia-
 500 len Werte rühmt. Auch der längst überfällige, noch
 501 auszuhandelnde Asyl-Verteilungsmechanismus ist
 502 mit den nötigen finanziellen Mitteln zu hinterlegen.
 503 Zunächst muss eine „Koalition der Willigen“ hier im
 504 Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit vorange-
 505 hen.

506
 507 **Bei den erforderlichen europäischen Finanzprogram-**
 508 **men und Investitionen muss auch eines klar sein: der**
 509 **Erhalt von europäischen Geldern muss zukünftig stär-**
 510 **ker an die Einhaltung rechtsstaatlicher Mindeststan-**
 511 **dards geknüpft sein.** Wer Gerichte zu Handlangern sei-
 512 ner Politik macht, kritische Medien oder zivilgesell-
 513 schaftliche Initiativen unterdrückt, freie Universitäten
 514 zerschlägt, die parlamentarische Demokratie ausschaltet,
 515 sich trotz einer Verurteilung durch den Europäischen
 516 Gerichtshof Europäischem Recht widersetzt (z.B.
 517 betreffend die Aufnahme von Flüchtlingen) oder eu-
 518 ropäische Gelder in die eigene Tasche abzweigt bzw.
 519 damit ein System der Vetternwirtschaft großen Aus-
 520 maßes alimentiert, der hat kein Recht, von den Gel-
 521 dern der Gemeinschaft zu profitieren. Das Europäische
 522 Parlament hat hier berechtigterweise einen wirksamen
 523 Sanktionsmechanismus eingefordert. Die Europäische

524 Kommission hat dazu bereits 2018 einen brauchbaren
 525 Vorschlag für eine Verordnung gemacht (COM(2018) 324
 526 final 2018/0136(COD)), auf dessen Grundlage mit der
 527 Verabschiedung des mittelfristigen Finanzrahmens nun
 528 eine verbindliche Lösung gefunden werden muss.

529
 530 Dass die erforderlichen Investitionen mit einer Aufnahme
 531 von Schulden einhergehen, ist weder außergewöhnlich
 532 noch ist es für sich genommen ein Problem. Öffentliche
 533 Investitionen können in mehrfacher Hinsicht ein gutes
 534 Geschäft für die Allgemeinheit darstellen: sie können nicht
 535 nur die strauchelnde Privatwirtschaft stützen, sondern vor
 536 allem auch für die dringend erforderliche Erneuerung der
 537 öffentlichen Infrastruktur sorgen. Sie können die erforderlichen
 538 Anstöße für eine Umstellung auf klimafreundliche Wirtschaftsweisen
 539 geben. Darüber hinaus können sie, wie jede wirtschaftliche
 540 Investition, **Mehrwert für die nächste Generation generieren**
 541 (etwa in Form von Energie- und Verkehrsinfrastruktur,
 542 digitalen Netzen, sowie Unternehmen oder Immobilien im
 543 öffentlichen Eigentum). Heutigen Schulden steht morgen
 544 zwar der Schuldendienst (der im Zeitalter von Null- und
 545 Negativzinsen keine wirkliche Bürde darstellt) gegenüber;
 546 aber eben auch der wirtschaftliche Mehrwert der Investition.
 547 **Insofern müssen Investitionen bei der Bemessung der Neuverschuldung,
 548 etwa im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts,
 549 gegengerechnet werden.** Dagegen bedeuten heute unterlassene
 550 Investitionen für die künftige Generation eine Last,
 551 die schwerer wird, je länger die notwendige Modernisierung
 552 verschleppt wird.

553
 554 Die immer wieder beschworene Gefahr einer „Vergemeinschaftung
 555 von Schulden“ bzw. einer „Schuldenunion“ halten wir für
 556 übertrieben. Investitionsprogramme sind immer am
 557 wirksamsten, wenn sie koordiniert und im größeren Maßstab
 558 erfolgen. Eine Transformation von Wertschöpfungsprozessen
 559 muss im Zeitalter der Globalisierung zumindest europäisch
 560 angegangen werden. Rein nationale Konjunkturprogramme
 561 ohne europäische Koordinierung drohen zu verpuffen bzw.
 562 bestehende Ungleichgewichte zu verstärken.

563
 564 Darüber hinaus ist es aber richtig, dass öffentliche Investitionen
 565 auch auf europäischer Ebene transparent ausgehandelt,
 566 nach Effizienz- und Gemeinwohlkriterien begrenzt und
 567 demokratisch legitimiert werden müssen. Das institutionelle
 568 Gefüge der EU sollte für eine dauerhafte gemeinsame
 569 Finanz- und Wirtschaftspolitik daher neu überdacht und
 570 angepasst werden.

571
 572 **III. Institutioneller Rahmen: wie sich die EU für die Zukunft
 573 neu aufstellen muss**

574
 575 Wir Sozialdemokrat*innen fühlen uns dem Fortschritt verpflichtet
 576 und nehmen Krisen als Chancen an, die es zum Wohle der
 577 Menschen zu gestalten gilt. Dazu gehört, die grundsätzlichen
 578 Fragen zur Zukunft der EU zu

582 stellen und anzugehen. Welche institutionelle Verfas-
 583 sungs soll die EU haben und wie soll der geplante Wie-
 584 deraufbaufonds hierin eingegliedert werden? Welche
 585 finanzpolitische Architektur braucht Europa? Und wie
 586 stellen wir die demokratische Legitimation in diesem
 587 System sicher?

588
 589 Das oben skizzierte Wiederaufbauprogramm darf nicht
 590 für sich allein stehen und dem Einfluss nationaler Eigen-
 591 interessen und undurchsichtiger privatwirtschaftlicher
 592 Einflussnahme ausgeliefert werden. Vielmehr muss die
 593 **Umsetzung vom Europäischen Parlament oder von ei-**
 594 **nem durch das Parlament legitimierten Gremium ge-**
 595 **steuert und kontrolliert** werden. Europäisch initiierte
 596 Projekte sollten Vorrang haben vor der reinen Weiter-
 597 leitung von Geldern an nationale Regierungen. Der ge-
 598 meinsame Wiederaufbaufonds sollte somit den Auftakt
 599 geben für eine **grundlegende Weiterentwicklung der**
 600 **Europäischen Union.**

601
 602 Eine solche Weiterentwicklung der EU muss die Insta-
 603 bilität, die unserer Wirtschafts- und Währungsunion
 604 von Anfang an innewohnt, endlich angehen. Mit der
 605 Einführung des Euro haben die Mitgliedsstaaten wirt-
 606 schaftspolitische Instrumente und Handlungsspielräu-
 607 me abgegeben. Geld- und währungspolitische Kom-
 608 petenzen wurden zur EZB verlagert. Gleichzeitig wur-
 609 den die fiskalischen Spielräume der Mitgliedsstaaten
 610 durch starre Schuldenregeln eingeschränkt. Daneben
 611 wurde das staatliche Handeln weiteren Beschränkun-
 612 gen unterworfen, etwa einem weitreichenden Verbot
 613 von staatlichen Beihilfen, sowie Einschränkungen staat-
 614 licher „Eingriffe“ im Bereich der Daseinsvorsorge. Ein-
 615 en Ausgleich, der die unterschiedlichen ökonomischen
 616 Strukturen der Mitgliedstaaten berücksichtigt und Räu-
 617 me für unterschiedliche wirtschaftspolitische Stabili-
 618 sierungsmaßnahmen in der Krise eröffnet, hat es auf
 619 europäischer Ebene nie in ausreichender Weise ge-
 620 geben. Ökonomische Stabilisierungsmechanismen in
 621 Form von gemeinsamen Haushalten für Investivaus-
 622 gaben, gemeinschaftlichen Einnahmen wie Anleihen
 623 und Steuern, horizontalen Finanzausgleichen, gemein-
 624 samen sozialen Sicherungssystemen, kurz: einer zen-
 625 tral koordinierten Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpoli-
 626 tik gibt es auf europäischer Ebene bisher quasi nicht.

627
 628 **Im aktuellen Institutionengefüge haben nationale Re-**
 629 **gierungen also Handlungsfähigkeit und Macht abgege-**
 630 **ben, niemand anders nimmt sie an ihrer Stelle wahr und**
 631 **am Ende haftet jeder Staat für sich alleine. Das kann auf**
 632 **Dauer nicht gut gehen.**

633
 634 Ein Staat, der nicht mehr allein über die Ausgabe sei-
 635 ner Staatsanleihen entscheiden, der nicht die Zinshö-
 636 he und den Wert seiner Währung steuern kann und der
 637 nicht mal mehr die Möglichkeit hat, gegen innerstaatliche
 638 wirtschaftliche Verwerfungen effektiv einzuschrei-
 639 ten, kann in Krisen schnell in eine Schiefelage geraten.

640 Er wird damit zum Spekulationsobjekt und Spielball der
 641 Kapitalmärkte, was wiederum seine Zins- und Schul-
 642 denlast steigen lässt. Dieses instabile Konstrukt konnte
 643 seit der letzten Finanzkrise nur durch enorme Anleihe-
 644 kaufprogramme der EZB und damit einhergehend eine
 645 immense Ausweitung der Geldmenge aufrechterhalten
 646 werden.

647
 648 In der Krise zeigt sich aber umso deutlicher, dass die
 649 EU eine **stärker europäisch koordinierte Wirtschafts-,**
 650 **Finanz- und Sozialpolitik** braucht, die den Wegfall natio-
 651 naler Handlungsmöglichkeiten kompensiert. Die Wäh-
 652 rungsunion braucht die Konvergenz ihrer Teile (d.h. An-
 653 näherung statt Auseinanderdriften). Und Konvergenz
 654 erfordert umfassende **Investitionen**. Der Stabilitäts-
 655 und Wachstumspakt verhindert diese Investitionen
 656 durch Sparzwänge jedoch genau dort, wo sie am drin-
 657 gendsten nötig sind und am wirksamsten wären: in den
 658 südlichen Euro-Ländern. Im Sinne des hier geforderten
 659 Wachstumsprogramms fordern wir deshalb, einen neu-
 660 en **Pakt für eine nachhaltige und starke Wirtschafts-**
 661 **und Währungsunion** zu schließen, der die Stabilitätskri-
 662 terien auch über den Tag hinaus um eine aktive Investi-
 663 tionspolitik ergänzt.

664
 665 Es ist an der Zeit, den Teufelskreis aus Investitions-
 666 schwäche und Staatsverschuldung zu durchbrechen. Im
 667 Sinne einer **europäischen Solidargemeinschaft** bedarf
 668 es eines innereuropäischen **Finanzausgleichs** (analog
 669 zu dem der deutschen Bundesländer) zwischen den
 670 Strukturstarken und den Schwächeren. Denn die Stär-
 671 ke der Starken beruht vor allem darauf, dass es auch
 672 den Schwächeren gut geht. Entscheidend ist, die aufge-
 673 nommenen **Mittel nicht als Kredite, sondern als direk-**
 674 **te Transfers dorthin weiterzuleiten, wo sie für die Errei-**
 675 **chung gemeinschaftlich definierter Ziele gebraucht wer-**
 676 **den.** Die Vorschläge von Deutschland und Frankreich
 677 sowie der Europäischen Kommission aus dem Früh-
 678 jahr 2020 wiesen bereits in diese Richtung. Gleichwohl
 679 fordern wir eine solche Reform über den Kontext der
 680 Corona-Pandemie hinaus – und somit die Einrichtung
 681 eines **ständigen Finanzausgleichs**. Er ist nicht nur öko-
 682 nomisch, sondern auch politisch notwendig, um dem
 683 Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse überall in der Eu-
 684 ropäischen Union näherzukommen. In einem ersten
 685 Schritt sollte ein solches System innerhalb der Eurozo-
 686 ne eingeführt werden.

687
 688 Die Beschlüsse des Europäischen Rates zum Wiederauf-
 689 baufonds vom Juli 2020 sind hier, bei allen zu Recht
 690 vom Europaparlament beklagten Mängeln, ein Meilen-
 691 stein, weil zum ersten Mal die Gemeinschaft als sol-
 692 che Mittel aufnehmen und für Wiederaufbauprojekte in
 693 den besonders betroffenen Mitgliedsländern einsetzen
 694 soll, um die Schocks der Corona-Krise abzumildern. Die
 695 Staats- und Regierungschefs zeigen damit die Einsicht,
 696 dass ein solches Element in der bisherigen Wirtschafts-
 697 und Währungsunion fehlte. Es ist nun Aufgabe der deut-

698 schen und europäischen Sozialdemokratie, diese Chan-
 699 ce als Einstieg in eine **permanent strukturierte Fiskal-**
 700 **union** zu nutzen. In diesem Sinne sollte die SPD klar Stel-
 701 lung beziehen und für eine grundsätzliche Reform der
 702 Eurozone werben. Denn am Anfang jeder Reform steht
 703 die öffentliche Debatte. Dass die EU nun in der Lage ist,
 704 Entscheidungen zu treffen, die Monate zuvor noch un-
 705 erreichbar schienen, macht Mut für die Zukunft.

706
 707 Ein Solidarsystem dieser Form wäre der Einstieg in ei-
 708 ne **gemeinsame, europäische Fiskalpolitik**, welche sich
 709 nicht in der Frage der Verschuldung erschöpft. Die
 710 permanent strukturierte EU-Finanzpolitik, für die wir
 711 eintreten, ist supranational. Beständigkeit gewinnt sie
 712 durch die Herauslösung aus der intergouvernementa-
 713 len Logik des Europäischen Rats. Unabhängigkeit ge-
 714 winnt sie durch eigene Mittel. Einerseits sollten EU-
 715 Institutionen unter bestimmten Voraussetzungen und
 716 in bestimmtem Rahmen in Zukunft **eigene Anleihen**
 717 **emittieren** dürfen. Andererseits brauchen wir auch **eu-**
 718 **ropäische Steuern**. Diese Mittel versetzen die Europäi-
 719 sche Kommission in die Lage, Investitionen in die nach-
 720 haltige und digitale Zukunft Europas zu tätigen. Vor al-
 721 lem aber verschaffen sie der europäischen Ebene end-
 722 lich die notwendige Handlungsfähigkeit, gemeinsame
 723 Politikziele effektiv zu verfolgen.

724
 725 Es bieten sich mehrere Steuerinstrumente an, die eu-
 726 ropäisch ausgestaltet werden können. Dazu zählen die
 727 **Besteuerung von Digitalkonzernen- bzw. Digitaltrans-**
 728 **aktionen** oder **Finanztransaktionen**, Einnahmen aus
 729 **CO2-Steuermodellen** bzw. dem Emissionshandel. Fer-
 730 ner sprechen gute Gründe für eine EU-weite Besteue-
 731 rung von **Plastikverpackungen, Flugbenzin** sowie auch
 732 für eine **CO2-Grenzsteuer**, die auf außerhalb der EU
 733 hergestellte klimaschädliche Produkte, je nach Klima-
 734 schädlichkeit der Herstellungsverfahren, erhoben wer-
 735 den könnte. Damit könnten Emissionen wirksam ein-
 736 gespart und gleiche Wettbewerbsbedingungen herge-
 737 stellt werden. Diese Beispiele verdeutlichen, dass wir
 738 auch in der Steuerpolitik von einer rein nationalstaatli-
 739 chen Kompetenz zu einem Kompetenzgefüge nach dem
 740 Prinzip der Subsidiarität übergehen sollten. Auf Politik-
 741 feldern, in denen eine **effektive Lenkungswirkung am**
 742 **besten europäisch** erzielt werden kann, sollte die EU
 743 auch die Kompetenz erhalten, Steuern zu erheben. Vor
 744 diesem Hintergrund begrüßen wir ausdrücklich, dass
 745 der Gipfel der Staats- und Regierungschefs sich im Ju-
 746 li 2020 diese steuerpolitischen Ideen zu eigen gemacht
 747 hat und die Kommission aufgefordert hat, Vorschläge
 748 für die weitere Umsetzung zu machen.

749
 750 Die Finanzarchitektur, die wir vorschlagen, sollte unter
 751 dem Dach eines **europäischen Finanzministeriums** or-
 752 ganisiert werden, welches Teil der Europäischen Kom-
 753 mission ist. Dieses **wacht über Einnahmen und Ausga-**
 754 **ben** und verfolgt mit seinen Tätigkeiten das Ziel des
 755 wirtschaftlichen Zusammenwachsens. Es **kontrolliert**

756 die Einhaltung der Förderziele, **koordiniert Investitio-**
 757 **nen** in die wirtschaftliche Infrastruktur und dringt dar-
 758 über hinaus auf eine **Harmonisierung der nationalen**
 759 **Steuersysteme**. Das EU-Finanzministerium identifiziert
 760 Investitionsbedarfe und kann **unabhängig von nationa-**
 761 **len Regierungen direkt Projekte in den Regionen Eu-**
 762 **ropas fördern**. Auf diese Weise lässt sich verhindern,
 763 dass europäische Mittel zweckentfremdet werden oder
 764 „versickern“. Gemeinsame Mittel werden **zielgerichtet**
 765 **und transparent** für die Erreichung der Ziele verwen-
 766 det, die die Mitgliedstaaten sich gemeinschaftlich set-
 767 zen. Eine derartige „**Europäisierung**“ der **europäischen**
 768 **Finanzpolitik** kann so die Probleme lösen, die von ih-
 769 ren Gegnern immer wieder unterstellt werden. Als Teil
 770 der Europäischen Kommission wirkt auch das Ministe-
 771 rium als Hüter der Verträge und beobachtet die Einhal-
 772 tung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten. Re-
 773 gierungen, die gegen elementare Prinzipien wie die Frei-
 774 heit der Presse, der Justiz oder der Universitäten versto-
 775 ßen, dürfen nicht von Mitteln aus der europäischen Fis-
 776 kalunion profitieren.

777
 778 Auch die Geld- und Währungspolitik der **Europäischen**
 779 **Zentralbank** ist Teil des europäischen Finanzsystems.
 780 Sie hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Be-
 781 deutung gewonnen, weil sie die oben beschriebenen
 782 Versäumnisse der nationalen Regierungen auszuglei-
 783 chen versuchte. Eine europäische Fiskalpolitik, wie wir
 784 sie vorschlagen, hätte das Potenzial, die Geldpolitik zu
 785 entlasten und die juristischen Zweifel an ihrer Legiti-
 786 mität, die durch das zurückliegende Urteil des Bundes-
 787 verfassungsgerichtes aus dem Mai 2020 erneut ent-
 788 facht wurden, zu entkräften. Gleichwohl hat die Ver-
 789 gangenheit gezeigt, dass die ausschließliche Orientie-
 790 rung der Geldpolitik am Ziel der Preisstabilität zu Ver-
 791 werfungen führt. Wäre das Mandat der EZB weiter und
 792 würde es wirtschaftspolitische Aspekte stärker berück-
 793 sichtigen, so verlöre das erwähnte Urteil an Schärfe.
 794 **Das Mandat der EZB muss denselben hohen Zielen un-**
 795 **terworfen sein, die alle europäische Politik leiten**. Es
 796 muss der Vision des Wohlstands aller Europäer*innen
 797 und der Nachhaltigkeit der europäischen Lebensweise
 798 verpflichtet sein, die sich nicht ausschließlich am Aspekt
 799 der Preisstabilität bemessen lässt.

800
 801 Als Sozialdemokrat*innen betreiben wir Politik niemals
 802 als Selbstzweck, sondern stets im Namen und im Sin-
 803 ne der Menschen, die wir vertreten. Vor diesem Hin-
 804 tergrund muss jede Reform der EU die **demokratische**
 805 **Legitimation** in den Mittelpunkt stellen. Eine europäi-
 806 sche Schuldenaufnahme, gemeinsame Steuern und die
 807 Gründung eines supranationalen, gesamteuropäischen
 808 Finanzministeriums verleihen der Europäischen Union
 809 eine Souveränität, die einer stabilen, demokratischen
 810 Grundlage bedarf und die nur durch eine starke Legis-
 811 lative legitimiert sein kann. Sofern die hier beschriebe-
 812 ne Politik die gesamte EU betrifft, fordern wir die Ent-
 813 scheidungshoheit und Richtlinienkompetenz des Euro-

814 päischen Parlamentes. Soweit politische Entscheidungen
 815 in erster Linie die Eurozone betreffen, muss auch
 816 diese zunächst ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik euro-
 817 päisieren. Die Eurozone braucht ein parlamentarisches
 818 Organ, das der Eurogruppe (dem Rat der Finanzminis-
 819 ter) gegenübersteht. Dieses Organ könnte in Form ei-
 820 nes Ausschusses von Mitgliedern des Europäischen Par-
 821 lamentes und/oder der nationalen Parlamente gebildet
 822 werden. Ungeachtet der institutionellen Ausgestaltung
 823 gehört das **Initiativrecht in steuer-, haushalts- und sozi-**
 824 **alpolitischen Fragen** („no taxation without representa-
 825 tion“) in die Hand einer europäischen Legislative.

826
 827 Außerdem bedarf es dringend der **Reform der Entschei-**
 828 **dungsmechanismen** in der EU, um dem Parlament mehr
 829 volle Entscheidungsbefugnisse zu übertragen, Einstim-
 830 migkeitserfordernisse im Rat im Bereich der Finanz-
 831 , Steuer- und Sozialpolitik zu reduzieren und damit
 832 Selbstblockaden aufzulösen. **So soll im Ergebnis das**
 833 **Europäische Parlament oder der erwähnte Eurozonen-**
 834 **Ausschuss die Ziele der europäischen Finanz- und Wirt-**
 835 **schaftspolitik definieren, über die Budgetierung von**
 836 **Mitteln entscheiden und die Tätigkeit des europäi-**
 837 **schen Finanzministeriums kontrollieren.** Durch das Zu-
 838 sammenspiel von Parlament und europäischem Finanz-
 839 ministerium sollen nationale Steuerpolitiken harmoni-
 840 siert, insbesondere **gemeinsame Grundsätze zur Min-**
 841 **destbesteuerung, zur Steuerbemessung sowie wirksa-**
 842 **me Regeln gegen Steuervermeidung** aufgestellt und
 843 deren Umsetzung kontrolliert werden. Außerdem muss
 844 das Mandat der EZB in regelmäßigen Abständen (z.B.
 845 alle 7 Jahre) vom Europäischen Parlament überprüft
 846 und ggf. angepasst werden. Wie die Debatte um das
 847 Bundesverfassungsgerichtsurteil zeigt, wirkt Geldpoli-
 848 tik unmittelbar politisch und hat spürbare, wirtschaftli-
 849 che Auswirkungen auf jede*n einzelne*n. Die Schaffung
 850 einer stabilen demokratischen Legitimationsgrundlage
 851 für die Geldpolitik ist folglich überfällig.

852
 853 Die Fortentwicklung der EU und der Eurozone im Sin-
 854 ne einer fiskalpolitischen Union ist ferner der Anlass,
 855 längst überfällige Reformen der **Demokratisierung** an-
 856 zuschieben. Eine demokratische EU braucht ein star-
 857 kes Parlament, das die Bürgerinnen und Bürger poli-
 858 tisch vertritt und eine europäische Regierung, die die
 859 Entscheidungen umsetzt. Daher setzen wir uns dafür
 860 ein, dass das Parlament eine echte Legislative und die
 861 Europäische Kommission zu einer parlamentarisch kon-
 862 trollierten Regierung ausgebaut wird. Seit Jahren for-
 863 dern wir das generelle Initiativrecht des Parlaments
 864 und mehr haushaltspolitische Befugnisse als Ausdruck
 865 einer echten europäischen Legislative. Die notwendi-
 866 ge Ausweitung der Ratsabstimmungen mit qualifizier-
 867 ter Mehrheit ist nicht nur, aber ganz besonders in der
 868 Steuer- und Sozialpolitik dringend notwendig. Darüber
 869 hinaus müssen wir die Europawahl europäisieren, in-
 870 dem wir transnationale Wahllisten einführen und da-
 871 mit das System der 27 Einzelwahlen überwinden. Auch

872 sollte verbindlich festgeschrieben werden, dass das Eu-
873 ropäische Parlament den Präsidenten der Europäischen
874 Kommission aus den von den Europäischen Partei-
875 enbündnissen nominierten Spitzenkandidaten wählt.
876 Grundsätzlich wollen wir die Demokratisierung und Eu-
877 ropäisierung der europäischen Politik nicht der Exeku-
878 tive, sondern der Legislative anvertrauen. Integrations-
879 impulse sollten nicht nur vom Rat, sondern z.B. von ei-
880 ner ständigen, regelmäßig tagenden Konferenz der na-
881 tionalen Parlamente ausgehen, deren einzige Aufgabe
882 die Debatte und Verwirklichung der gemeinsamen eu-
883 ropäischen Zukunft ist.

884
885 Letztlich bedarf jeder demokratische Prozess auch ei-
886 nes stabilen, **zivilgesellschaftlichen Fundaments**. Die
887 Entwicklung einer starken, europäisch denkenden und
888 handelnden, vielfältigen und unabhängigen Zivilge-
889 sellschaft ist deshalb von größter Bedeutung. Sie be-
890 steht weniger aus nationalstaatlichen, sondern viel-
891 mehr aus länderübergreifenden Parteien, Verbänden,
892 Gewerkschaften, Medien und anderen Organisationen.
893 Wir wollen eine europäische Öffentlichkeit fördern, in-
894 dem wir unabhängige, europaweite Medien (Print, On-
895 line, TV und Hörfunk), die die Sprachbarrieren über-
896 winden sollen, fördern. Die Regionen Europas sind zu
897 stärken, ebenso die Rolle der Kommunen. Wir wollen,
898 dass sich Kommunen – auch grenzüberschreitend – ver-
899 netzen und gemeinsame Infrastrukturprojekte ange-
900 hen können.

901
902 ***

903
904 Unser Europa zeichnet sich dadurch aus, nicht nur in
905 guten Zeiten voneinander zu profitieren, sondern auch
906 in schlechten Zeiten zusammenzustehen. Die Europäi-
907 sche Union ist eine Schicksalsgemeinschaft, deren Mit-
908 glieder sich sowohl im Aufschwung als auch in der Krise
909 gegenseitig unterstützen müssen. Wer sich so eng un-
910 tereinander vernetzt, Wertschöpfungsketten zum Vor-
911 teil vieler miteinander verknüpft und somit auch direkt
912 voneinander abhängt, der kann und darf nicht zulas-
913 sen, dass dieses Netz in stürmischen Zeiten auseinan-
914 derreißt. Wer gemeinsame Werte über fundamentale
915 Rechte und die Organisation von Gesellschaften teilt,
916 wer sich rühmt, durch Freizügigkeit und offene Grenzen
917 das Zeitalter der europäischen Kriege endgültig über-
918 wunden zu haben und wer in Bezug auf geopolitische
919 Interessen mittlerweile längst in einem Boot sitzt, der
920 darf nicht zulassen, dass dieses Boot Schlagseite be-
921 kommt. Doch genau so schien es zu Beginn der Corona-
922 Krise. Die Pandemie wirkte auch in dieser Beziehung wie
923 das schon sprichwörtlich gewordene „Brennglas“, unter
924 dem strukturelle, schon lange schwelende Krisen deut-
925 lich werden. Nun ist es mehr denn je erforderlich, diese
926 Krisen endlich zu lösen und Europa in eine solidarische,
927 demokratische und nachhaltige Zukunft zu führen. Wir
928 Sozialdemokrat*Innen sind dazu bereit.

929